

fen, die es den herrschenden staatsmonopolistischen Kräften gestattet, mittels Dienstverpflichtungen total über den Menschen und auch auf administrativem Wege über seine Arbeitskraft zu verfügen, ihn maximal auszubeuten, ohne an irgendwelche juristischen Schranken gebunden zu sein. Die Anwendung der Notstandsgesetze würde die westdeutschen Werktätigen selbst der Möglichkeit berauben, über die eigene Arbeitskraft zu verfügen, und sie in einen Rechtsstatus versetzen, der an die Feudalgesellschaft erinnert.

Die Sicherung des Rechts auf Arbeit und der neue, schöpferische Charakter der Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik sind den westdeutschen Werktätigen Ansporn im Kampf um die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte, um Vollbeschäftigung und Mitbestimmung. Dadurch kann die von den Monopolen mit allen Mitteln betriebene weitere Entrechtung der Werktätigen Westdeutschlands abgewandt und die Verbesserung einiger wichtiger Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht werden. Jedoch sind die erkämpften Rechte im Kapitalismus immer gefährdet, und sie müssen stets von neuem verteidigt werden. Die Bedingungen für ein gesichertes Recht auf Arbeit werden in Westdeutschland erst dann entstehen, wenn es den Werktätigen und ihren Gewerkschaften gelingt, die Macht des Monopolkapitals einzuschränken und echte Einflußmöglichkeiten in Wirtschaft, Staat und Politik zu erkämpfen. In dem Maße, wie die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsmittel erlangen, die Gestaltung von Staat und Wirtschaft in die eigenen Hände nehmen, werden sie auch solche Grundrechte wie das Recht auf demokratische Mitbestimmung, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung erringen. Endgültig wird der Zwangs- und Ausbeutungscharakter der Arbeit im Kapitalismus allein durch die sozialistische Revolution und die Schaffung neuer, ausbeutungsfreier Arbeitsverhältnisse beseitigt.

2. Gemäß Absatz 1 bedeutet das Recht auf Arbeit für jeden Bürger, daß er *das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation* besitzt.

Das bedeutet zunächst, daß jeder Bürger das Recht auf seinen Arbeitsplatz und damit auf eine gesicherte Existenz hat. Diesen Arbeitsplatz kann er sich frei wählen. Es gibt keine zwangsweise Arbeitsplatzverpflichtung. Der sozialistische Staat sichert - vor allem